



Mechthild Rawert.

**Ihre SPD-Bundestagsabgeordnete
für Tempelhof-Schöneberg.**



■ www.mechthild-rawert.de

kompetent. lebensnah. vor Ort.

Liebe Tempelhof-SchönebergerInnen,

rund 18 Prozent der 335.000 Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks sind unter 18 Jahren. Bei den Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren ist der Anteil der Deutschen mit Migrationsbiografie und der Anteil der - laut Pass - Nicht-Deutschen höher als der der Deutschen ohne Migrationshintergrund. Was heißt das für uns Tempelhof-SchönebergerInnen? Es bedeutet: Wir sind reich an Erfahrungen mit Vielfalt. Vielfalt ist unsere Zukunft.

Die begeisternden Schilderungen von Marijke Höppner (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Jugendhilfe in der BVV Tempelhof-Schöneberg, im Rahmen ihrer „Jugendhilfe-Sommertour“ verdeutlichen die bezirklichen Anstrengungen, Tempelhof-Schöneberg für alle Kinder und Jugendlichen attraktiv und lebenswert zu machen.

„Das Tempelhof-Schöneberg“ gibt es ebenso wenig wie „die Jugend“. Es gibt die Ortsteile Schöneberg (Nord bzw. Süd) Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade. Schöneberg ist jünger als Tempelhof. Der Bezirk ist in 34 Planungsgebiete unterteilt, die an den Sozialräumen orientiert sind. Auf kleinteiliger Ebene werden für Bereiche wie Bevölkerung, Alter, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Sozialleistungsbezug, Flächennutzung aber auch Gesundheit und Krankheit Daten erhoben und evaluiert. Nur die Kenntnis der realen Lebensverhältnisse „vor Ort“ ermöglicht es dem Bezirksamt Unterstützungsangebote und Hilfen zielgenau einzusetzen. So soll dafür Sorge getragen werden, dass Chancengleichheit für jedes Kind und für jede und jeden Jugendliche/n gilt.

In Tempelhof-Schöneberg sind Kinder und Jugendliche politische Akteure. Sie können sich zum Beispiel im Kinder- und Jugendparlament engagieren und so schon früh Kommunalpolitik nach ihren eigenen Interessen aktiv mitgestalten.

Ich danke allen beruflich und ehrenamtlich Engagierten dafür, dass sie dazu beitragen, dass sich jedes Talent entfalten kann, dass Kinder- und Jugendliche von Anfang an Demokratie und Toleranz erlernen und Gesicht zeigen gegen Rassismus und Diskriminierung.

■ **Sozialdemokratische Jugendpolitik**

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Jugendpolitik ein eigenes Politikfeld als auch Querschnittsaufgabe, die stärker mit anderen Bereichen wie der Bildungs-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik zu vernetzen ist. Jede/r Jugendliche hat - unabhängig vom Geschlecht, von der Herkunft oder dem sozialen Hintergrund - ein Recht darauf, sich zu entwickeln, zu entfalten und auszuprobieren. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind Teilhabe, Integration und Bildung. Jugendliche brauchen Freiräume. Das stärkt ihr Selbstbewusstsein und ihre Selbstständigkeit und auch ihre Möglichkeiten, sich verantwortungsvoll in die Gesellschaft einzubringen. Die Anforderungen an die heutige junge Generation sind durch gesellschaftliche, ökonomische und demografische Veränderungen gestiegen. Wir setzen wir uns dafür ein, dass alle Jugendlichen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen lernen können.

Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Gerade hier ist eine starke Jugendpolitik wichtig: Notwendig sind ausreichende Freizeitangebote für alle Kinder und Jugendlichen, eine gute Jugendarbeit und Beteiligungsmöglichkeiten. Alle Jugendlichen haben das Recht auf Ausbildung.

Meine Initiativen im Interesse von Kindern und Jugendlichen

■ Wege aus der Kinderarmut

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Inklusion der SPD-Bundestagsfraktion bekämpfe ich Kinderarmut. Verweisen möchte ich auf unsere Dokumentation „Wege aus der Kinderarmut“, in dem politische Vorhaben aufgezeigt werden:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15725,00.pdf

■ Aktiver Schutz von Kindern und Jugendlichen

Aufgabe der Eltern sowie der gesamten Gesellschaft ist es, Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen. Bund, Länder und Kommunen tragen gemeinsam Verantwortung. Kinderschutz gelingt nicht zum Nulltarif. Die schwarz-gelben Steuersenkungen schwächen die Finanzkraft der Kommunen, verschärfen die Situation der Jugendämter vor Ort und konterkarieren das Ziel eines wirksamen Schutzes von Kindern und Jugendlichen.

Anlässlich der dritten Beratung zum Kinderschutzgesetz der Bundesregierung haben wir als SPD-Bundestagsfraktion daher einen Entschließungsantrag (Drs. 17/7529) vorgelegt, in dem wir Verbesserungsbedarfe benennen, unter anderem:

- Wir wollen die stärkere Vernetzung von Jugendhilfe und Gesundheitswesen, fordern die Implementierung eines bundesweiten Präventionsgesetzes (vgl. auch Drs. 17/5384).
- Wir unterstützen den Einsatz von Familienhebammen, kritisieren aber die Befristung des Bundesprogramms und dass es bislang kein gesichertes Berufsbild bzw. keine bundeseinheitlich anerkannte Qualifizierung für Familienhebammen gibt.
- Wir wollen - anknüpfend an die Beratungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ - die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe stärken und insbesondere in Krisen- und Konfliktsituationen einen Beratungsanspruch für Kinder und Jugendliche regeln.
- Wir wollen, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag in regelmäßigen Abständen einen Bericht zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes vorlegt.

■ Jugendfreiwilligendienste stärken

Jürgen Finke wird ab dem 01. September im Rahmen des Programms „Freiwilliges Soziales Jahr in der Politik“ für ein Jahr als FSJler bei mir tätig sein. Rund 25.000 Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren absolvierten 2011 einen Freiwilligendienst, dennoch gibt es für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) als auch das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) nicht genügend Plätze. Wir wollen die Anzahl erhöhen als auch die Qualität verbessern. Wir wollen, dass mehr benachteiligte junge Menschen und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft ein FSJ oder FÖJ absolvieren können. Wir lehnen einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer ab.

■ Kampf gegen die Extremismusklausel

Viele Jugendprojekte wurden durch die widerrechtliche Extremismusklausel unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit und undemokratischen Gesinnung gestellt und dadurch im Kampf gegen rechte Ideologie und Gewalt stark beeinträchtigt. Leider sendet die Berufung des Landkreis Osterzgebirge gegen das AKuBiZ aus Sachsen, welches dem AKuBiZ bescheinigt hatte, dass die Klausel in mehreren Punkten nicht rechtmäßig war, ein politisch völlig falsches Signal an diejenigen, die sich für Demokratie und gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz wenden.

■ Schauen Sie auf meine Website www.mechthild-rawert.de

■ Abonnieren Sie meinen Newsletter

■ Treffen Sie mich auf Facebook: www.facebook.com/mechthild.rawert